

Maßnahmen gegen Radikalisierung

Mit einer Reihe von Maßnahmen wollen die Sicherheitsbehörden in der Europäischen Union künftig gegen Radikalisierung vorgehen.

Die Bekämpfung des Terrorismus erlangte durch die Anschläge Ende November 2008 in Indien eine verstärkte Bedeutung. „Ausreichende rechtliche und polizeiliche Maßnahmen zur Terrorbekämpfung sind dabei genauso wesentlich wie eine enge grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit“, sagte Innenministerin Dr. Maria Fekter beim Treffen der Justiz- und Innenminister (JAI) Ende November 2008 in Brüssel. „Wir haben aus den Entwicklungen und Vorfällen der Vergangenheit gelernt und die Instrumente zum Schutz der Bevölkerung ständig verbessert. Österreich hat dabei maßgeblich mitgewirkt, etwa am Beschluss zur verstärkten Zusammenarbeit der Polizei-Spezialeinheiten (ATLAS), beim Europol-Projekt *Check the Web*, an der Erstellung eines Handbuchs für das Haftpersonal in Gefängnissen, das Empfehlungen zur Verhinderung von Radikalisierung enthält sowie an der Verstärkung des Informationsaustausches im Rahmen des Prümmer Vertrags“, erläuterte Fekter.

„Mir ist wichtig, dass wir dem Entstehen von Parallelgesellschaften entgegenwirken. Dabei sollte man im interkulturellen Dialog ganz klar gegen intolerante Verhaltensweisen auftreten, denn Intoleranz kann nicht mit Toleranz bekämpft werden. Besondere Aufmerksamkeit muss also jenen gewidmet werden, die andere in Richtung Intoleranz, Fundamentalismus und Radikalisierung beeinflussen wollen.“

Die Nutzung der Fluggastdaten stand ebenfalls auf der Tagesordnung der Innenminister. „Ich denke, dass wir grundsätzlich alle Maßnahmen zum Schutz vor terroristischen Aktivitäten ausschöpfen müssen, aber nicht um jeden Preis“, betonte Fekter. Was die Fluggastdatensätze (Passenger Name Record – PNR) zur Verwendung von Strafverfolgungszwecken betrifft, müssten noch einige wesentliche Fragen geklärt werden. „Es muss eine klare



Terroranschlag in Bombay: Die EU will Terrorismus durch verstärkte rechtliche und polizeiliche Maßnahmen bekämpfen.

Rechtsgrundlage geben, ein eindeutiger operativer Mehrwert muss erkennbar sein, der Aufwand müsse sich auch tatsächlich lohnen und alle relevanten Fragen im Bereich des Datenschutzes müssen geklärt sein. Erst nach Beantwortung dieser Fragen halte ich eine weitere Beurteilung über die Verwendung der PNR-Daten für möglich“, sagte Fekter.

Im Bereich Zivilschutz haben sich die Innenminister auf neue Maßnahmen zur Verbesserung der Trainingsmethoden und des Einsatzes geeinigt. „Das unter österreichischer Initiative entwickelte Konzept konzentriert sich in erster Linie auf eine EU-weite Angleichung der Ausbildung. Das ist für Österreich besonders wichtig, da das ursprüngliche Modell (Stand-by) große personelle Ressourcen gebunden hätte, gleichzeitig österreichische Experten sehr oft im Einsatz sind und dabei sehr unterschiedliche Niveaus vorfinden.“

Allein 2008 waren sie bereits an elf internationalen Katastropheneinsätzen beteiligt, wie beim Erdbeben in Kirgisistan, den Wirbelstürmen in Haiti und anderen“, sagte die Innenministerin. Es werde daher künftig ein gleiches Niveau im Katastrophenmanagement in den Bereichen Prävention, Vorsorge, Reaktion und Wiederaufbau geben.

Zur Aufklärung von Kindesentführungen soll ein EU-weites Alarmsystem geschaffen werden. Das Innen-

ministerium wird sich in Kooperation mit dem Justizministerium federführend daran beteiligen. „Die Polizei braucht im Bedarfsfall alle erdenklichen Mittel, die eine blitzschnelle und grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Mitgliedsländer möglich machen. Ich begrüße daher die Schaffung einer zentralen Anlaufstelle für Entführungsfälle, an die sich die betroffenen EU-Staaten wenden können“, betonte Fekter.

Die Aufnahme der Schweiz in die Schengenzone wurde ebenfalls beim JAI in Brüssel beschlossen. „Mit dem Vollbeitritt der Schweiz zum Schengen-Raum wird das europäische Sicherheitsnetz weiter ausgebaut und verstärkt“, sagte Fekter. Die Grenzkontrollen zur Schweiz bestehen seit 12. Dezember 2008 nicht mehr, das Land wurde in das europäische Sicherheitsnetz eingebunden. Am 29. März 2009 sollen auch die Grenzkontrollen an den Flughäfen in der Schengenzone entfallen.

Das Innenministerium hat umfassende Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Bereits im April 2008 wurde mit der Schweiz ein Memorandum über eine verstärkte Zusammenarbeit unterzeichnet. Es beinhaltet die Erstellung umfassender und abgestimmter Sicherheitskonzepte, eine Verstärkung der gemischten Streifen, den Ausbau gemeinsamer polizeilicher Verbindungsbüros und die Prüfung der Notwendigkeit der Anpassung bestehender Abkommen (z. B. „trilateraler Polizeikooperationsvertrag“).

„Um die Sicherheit weiter optimal zu gewährleisten, wird es auch in Vorarlberg und Tirol polizeiliche Ausgleichsmaßnahmen geben“, sagte Innenministerin Maria Fekter. Die Kooperation mit der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein wird über das gemeinsame Polizeikooperationszentrum in Schaanwald/Feldkirch-Tisis gesteuert. Bei Bedarf soll es ausgebaut werden.